

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/77

Bonn, den 24. April 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Kein Schreckstück!</u> DIE WELF und Griechenland	37
1 a	<u>Unser Glückwunsch an Dr. Alex Möller, MdB</u> Zum 65. Geburtstag am 26. April 1968.	42
2 - 3	<u>Probleme der regionalen Strukturpolitik</u> Aus Hamburger Sicht Von Senatsdirektor Dr. Hans Spilker	93
4 - 5	<u>Bruch mit 600-jährigem Währungssystem</u> Großbritannien braucht fünf Milliarden neue Münzen Der "Dezimaltag" rückt immer näher	70

\* \* \*

Kein Schmuckstück!

DIE WELT und Griechenland

sp - DIE WELT ist angeblich das Schmuckstück des Springer-Verlages. Diese Zeitung läßt Axel Casar Springer "für anspruchsvolle Leser" machen - sagt er. Von einem Schmuckstück erwartet man, daß es keine falschen Steine enthält. DIE WELT-Ausgabe vom 23. April 1968 enthält aber gleich mehrere falsche Steine; dies sogar im Leitartikel von Peter Meyer-Ranke, an einer Stelle also, die sich bei einem "gepflegten Organ" bekanntlich der besonderen Fürsorge seines Chefredakteurs erfreuen sollte.

Abgesehen von der Tendenz dieses Artikels, über die man gewiß diskutieren kann, auch wenn sie Unterstellungen enthält, die kaum den Tatsachen entsprechen, werden gleich mehrere Falschmeldungen auf einmal wiederholt und weiterverbreitet.

Es ist n i c h t wahr, daß der frühere griechische Ministerpräsident Georg Papandreu noch vor dem Militärputsch in Athen mit einer Revolution gegen den König gedroht hat. - W a h r ist vielmehr, daß Papandreu das Königshaus öffentlich vor einem Putsch der Militärs gewarnt und den König dringend ersucht hat, für die Durchführung legaler Wahlen Sorge zu tragen.

Es ist n i c h t wahr, daß der Sohn von Georg Papandreu, Andreas Papandreu, zur "krypto-kommunistischen EDA-Partei Verbindung geknüpft hatte." - W a h r ist vielmehr, daß Andreas Papandreu ein Zusammengehen der Zentrumsunion mit der EDA sowohl im Wahlkampf, als auch für eine spätere Regierungsbildung abgelehnt hatte.

Es ist n i c h t wahr, daß Andreas Papandreu als "geistiges Haupt der ASPIDA-Offiziersverschwörung zum Führer einer neutralistischen Volksfrontregierung auserwählt" war. - W a h r ist vielmehr, daß es nie eine ASPIDA-Offiziersverschwörung gegeben hat und daß nicht einmal die Militärjunta nach monatelangen Untersuchungen bei Ausschaltung aller verfassungsrechtlichen Garantien in der Lage war, diese Behauptung zu beweisen und Andreas Papandreu den Prozeß zu machen.

Wenn mehrere so gravierende Geschichtsfälschungen in einem einzigen Leitartikel enthalten sind, erübrigt sich die Analyse der Tendenz dieses Artikels. DIE WELT ist also einem Schwindel aufgegeben, den heute nicht einmal mehr die Militärjunta in Athen öffentlich zu wiederholen wagt. Sie würde sich beim griechischen Volk und vor der demokratischen Weltöffentlichkeit noch lächerlicher machen, als sie es heute schon ist. Axel Casar Springers WELT scheint das nicht zu stören.

+ + +

24. April 1968

Unser Glückwunsch an Dr. Alex Möller, MdB

Zum 65. Geburtstag am 26. April 1968

sp - Heute haben wir die Freude, unseren Freunde Dr. Alex Möller, MdB zum 65. Geburtstag gratulieren zu können. Nur wenige, die diesen vitalen Mann kennen, werden glauben, daß er dieses Alter erreicht hat und er selbst wird wahrscheinlich sagen, er wünsche keine "Gratulationscour".

Trotzdem: Unser Glückwunsch gilt dem Mann, der, an vorderster Stelle eines großen Wirtschaftsunternehmens stehend, den Dienst am Allgemeinwohl immer wieder zum Leitmotiv seines Handelns gemacht hat. Im Versicherungs- und Bankfach ist Alex Möller groß geworden. Heute ist er Generaldirektor eines der größten Versicherungsunternehmen der Bundesrepublik. Schon 1946 wurde Alex Möller zum Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung von Württemberg-Baden gewählt und gehörte dem Parlament dieses Landes in den ersten beiden Legislaturperioden an. Bis 1961 war er dann Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg. Nach der Bundestagswahl 1961 kam Alex Möller in das Bundesparlament, wo er schon nach kurzer Zeit wegen seiner umfassenden finanzpolitischen Kenntnisse in den Vordergrund der Bonner politischen Bühne rückte. Mitglied des Vorstandes und des Präsidiums der SPD, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Experte in Haushaltsfragen war Alex Möller der Sprecher der damals in der Opposition stehenden SPD zu den wichtigsten wirtschafts- und finanzpolitischen Problemen. Anerkennung und Respekt erwarb sich Alex Möller durch seine großartige und die Fachwelt in Erstaunen versetzende Voraussage über die Entwicklung der Bundesfinanzen in den Jahren 1964/65/66. Ohne den grossen und guteingestellten Regierungsapparat zur Verfügung zu haben, rechnete Alex Möller damals der Bundesregierung vor, wann sie mit ihrer Finanzpolitik am Ende sein werde. Die wenige Wochen vor der Bundestagswahl 1965 von der SPD herausgegebene Analyse der finanziellen Miswirtschaft der damaligen CDU/CSU-FDP-Regierung unter Führung von Prof. Ludwig Erhard trug die Handschrift von Alex Möller und erwies sich schon wenige Wochen nach der Bundestagswahl als eine bis in die letzten Einzelheiten richtige Voraussage. Auch die Grundlagen zur mittelfristigen Finanzplanung und zur Finanzreform beruhen zu einem wesentlichen Teil auf den Ideen von Alex Möller.

Auf dem Höhepunkt eines Lebensweges, der große Leistungen aufzuweisen hat, kann der heute 65-jährige mit Stolz sagen, daß er zu jenen Männern unseres Volkes gehört, die durch ihr Wissen und durch ihre Tatkraft die deutsche Nachkriegsgeschichte mitgeprägt haben. Wir wünschen Alex Möller noch viele Jahre segensreichen Schaffens und verbinden mit diesem Wunsch unseren Dank für seine stete Hilfsbereitschaft und Einsatzfreudigkeit im Interesse der Erhaltung und Festigung des demokratischen Staates.

+ + +

## Probleme der regionalen Strukturpolitik

Aus Hamburger Sicht

Von Senatsdirektor Dr. Hans Spilker

Das erklärte Ziel der Bundesregierung ist es, durch die regionale Wirtschaftspolitik eine optimale Wirtschaftsstruktur zu schaffen und in allen Gebieten - also nicht nur in Problemgebieten - dafür zu sorgen, daß ungenutzte bzw. schlecht genutzte Produktionsfaktoren für das allgemeine Wirtschaftswachstum mobilisiert werden. Es kommt darauf an, durch staatliche Maßnahmen den natürlichen Strukturwandel zu erleichtern und zu fördern. Unvermeidliche Anpassungen aufzuhalten bedeutet, auf Wachstumsmöglichkeiten zu verzichten. Die Strukturpolitik darf sich nicht darauf beschränken, punktuell um die Beseitigung oder Linderung akuter Notstände bemüht zu sein, sondern muß die gesamte Volkswirtschaft und ihre Zukunft im Auge haben.

Neben dem ökonomischen Ziel einer produktivitäts- und wachstumsorientierten Regionalpolitik steht das gleichzeitig angestrebte raumordnerische Ziel, Unterschiede der Wirtschaftskraft zwischen den einzelnen Regionen der Bundesrepublik möglichst auszugleichen. Zwischen beiden Zielen besteht ein schwer lösbarer Konflikt. Es ist, wie kürzlich im Bundestag erklärt wurde, einfach unmöglich, jedem Bürger sein Einkommensmaximum an jedem beliebigen Ort zu verschaffen. Es komme deshalb auf ein optimales Mischungsverhältnis zwischen Wachstum und regionaler Verteilung an. Im Zweifel ist dabei - auch nach Ansicht der EWG-Kommission - solchen Maßnahmen der Vorzug zu geben, die das allgemeine Wirtschaftswachstum fördern.

### Zentren dynamischer Entwicklung

Nicht nur bei einer ökonomisch ausgerichteten, sondern auch bei einer vorwiegend "sozialpolitisch" orientierten Regionalpolitik und Raumordnung müssen die Funktionen berücksichtigt werden, die den Verdichtungsräumen im gesamten Wachstumsprozeß zukommen. Ballungsräume sind - und der Raum um Hamburg ist ein besonders gutes Beispiel dafür - die Zentren der dynamischen Entwicklung; eine allgemeine Expansion der Wirtschaft ist ohne funktionierende Verdichtungsräume erschwert. Die zunehmende Arbeitsteilung, die in steigendem Umfang eine gegenseitige Ergänzung verschiedener Funktionen an einem Ort möglich und ratsam macht, die Mobilität der großstädtischen Arbeitskräfte, aber auch die wachsenden Betriebsgrößen mit ihrem hohen und nur von leistungsstarken Gebietskörperschaften zu deckenden Infrastrukturbedarf sind Faktoren, die es wahrscheinlich machen, daß auch in Zukunft den Verdichtungscentren die Funktion von Schrittmachern des wirtschaftlichen Wachstums zufallen wird.

Von den wirtschaftsstarke Räumen gehen wesentliche Impulse auch für die Entwicklung in den übrigen Gebieten aus. Voraussetzung dafür aber ist, daß auch in den Verdichtungsgebieten eine aktive Strukturpolitik betrieben wird. Dafür, daß ein Ballungsraum bei nicht ausreichender Strukturpolitik zum Problemgebiet werden kann, gibt es naheliegende Beispiele. Für Verdichtungsräume, mit ihrem Bestand an "traditioneller" Wirtschaft, ist eine Politik der laufenden Strukturanpassung die Form der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik. Sie wird in Hamburg seit

Jahren mit Erfolg betrieben, wie sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung in der Hamburger Region ablesen läßt.

Am Beispiel Hamburg lassen sich die Vorteile demonstrieren, die Unternehmen aus einem Standort in einem Verdichtungsgebiet erwachsen, und zwar vor allem dann, wenn dort eine entsprechende Strukturpolitik betrieben wird. Das gilt jedenfalls für alle Unternehmen, die ihrer Art nach für einen zentralen Standort prädestiniert sind. Hamburg hat sich nach dem Kriege mit Erfolg darum bemüht, über die Expansion der ansässigen Wirtschaft hinaus solche Unternehmen für eine Ansiedlung zu gewinnen, und die Ansiedlung entsprechend zu fördern. Diese gezielte Strukturpolitik hat dazu beigetragen, daß Hamburg trotz des Handikaps eines aus politischen Gründen erschwerten Zugangs zu dem östlichen und südöstlichen Hinterland eine wirtschaftliche Spitzenposition behaupten konnte. Unabhängig von den bundesweiten und örtlichen strukturpolitischen Bemühungen wird die zukünftige räumliche Verteilung der Wirtschaftsaktivität entscheidend durch Maßnahmen des Gesetzgebers im Zuge der Finanzreform mitbestimmt werden. Wesentlich werden auch Entwicklungen in den Bereichen Energiewirtschaft und Transportwesen sein.

#### Die Rolle der Energiepolitik

Das Vordringen neuer Energieträger wie Erdöl, Erdgas und Atomkraft ergibt eine größere Unabhängigkeit von traditionellen Standorten und wird zukünftig stärkere wirtschaftliche Entwicklungen in Räumen ermöglichen, die bisher von der Energiekostenseite her weniger begünstigt werden. So wird für Hamburg der in der Region bereits in wenigen Jahren zur Verfügung stehende Atomstrom zu günstigeren Energiepreisen führen können. Dies ist um so wichtiger, als gerade Wachstumsindustrien, die gegenwärtig in einem "Zug zur Küste" begriffen sind, einen hohen Energiekostenanteil aufweisen. Dieser Zug zum Meer ist bisher wegen der Energiepolitik des Bundes im Interesse der Steinkohlenreviere im wesentlichen leider an der deutschen Küstenregion vorbei nach der belgisch-niederländischen Küste gegangen. Dies ist eine zweifellos nicht beabsichtigte Auswirkung strukturpolitischer Maßnahmen im Revier auf den norddeutschen Küstenraum; solche Fernwirkungen müssen bei der Gestaltung der Energiepolitik berücksichtigt werden.

Im Verkehr existieren klare Tendenzen zur Konzentration auf regionale Schwerpunkte. So wird z.B. die Zunahme des kombinierten Verkehrs zur Bildung von Knotenpunkten und zu Konzentrationstendenzen - ganz besonders auch im Transport und Umschlag von Seegütern - führen. Der Seeverkehr wird mehr und mehr zu einem Glied einer geschlossenen Transportkette im kombinierten Verkehr, z.B. mit Containern. Hamburg als großer Seehafen und Ausgangspunkt sehr zahlreicher überseeischer Linien ist für diese Verkehrsentwicklung durch entsprechende Investitionen auch im Containerbereich voll gerüstet.

Die Konkurrenz zwischen den Standorten spielt sich längst nicht mehr im nationalen Raum ab, sondern greift über die Staatsgrenzen hinaus. Eine nationale Strukturpolitik, die dies übersähe oder zu gering einschätzte, würde letztlich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft im Gemeinsamen Markt - und auf anderen Märkten - mindern und damit auch ihre Kraft zur Bewältigung sozialer Aufgaben schwächen.

### Bruch mit 800-jährigen Währungssystem

#### Großbritannien braucht fünf Milliarden neue Münzen Der "Dezimaltag" rückt immer näher

Millionen von Urlaubsreisenden und Geschäftsleuten, die Großbritannien besuchen, werden am 15. Februar 1971 einer großen Unannehmlichkeit enthoben: der Schwierigkeit, mit dem komplizierten britischen Währungssystem zurechtzukommen. Denn an diesem Tag wird hier die Dezimalwährung eingeführt, und die gegenwärtigen sieben Münzen und eine Banknote unter dem Pfund, die bei Besuchern oft Verwirrung hervorgerufen haben, verlieren ihre Gültigkeit. Anstatt sich mühsam die komplizierte Aufteilung von 12 Penny auf einen Shilling und 20 Shilling auf ein Pfund und so ungewöhnliche Münzwerte wie 3 Pence, 6 Pence, den "Florin" (2 Shilling) und den "Half crown" (2 Shilling 6 Pence) einzuprägen, braucht der Besucher sich nur noch das verhältnismäßig einfache System von 100 "neue Penny" auf ein Pfund (das den alten Wert behält) und sechs neue Münzen zu merken.

Für die Geschäftspartner Großbritanniens in aller Welt wird die Umstellung - womit das letzte größere Land der Erde die Dezimalwährung einführt - noch größere Bedeutung haben. Im Handels- und Geschäftsverkehr wird sich die wesentlich vereinfachte Abrechnungs- und Buchhaltungsarbeit auf beiden Seiten positiv auswirken. Im Einzelfall mögen die Gewinne durch Zeit- und Arbeitersparnis gering erscheinen. Doch bei den Einnahmen Großbritanniens aus Verkäufen und Dienstleistungen im Ausland in Höhe von gegenwärtig 100 Millionen Pfund wöchentlich und seinen etwa ebenso hohen Ausgaben für Einfuhren sollten sie im ganzen gesehen zu beträchtlichen Einsparungen führen.

Noch weiter vereinfacht wird der internationale Handel durch die fast gleichzeitig beginnende Umstellung auf das metrische Maß- und Gewichtssystem, die zusätzlich große Einsparungen in der verarbeitenden Industrie zur Folge haben wird - wenn beispielsweise genormte Maschinen und Einzelteile hergestellt werden, die gegenwärtig noch, wenn sie für das Ausland bestimmt sind, als Sonderentwurf oder zumindest mit Modifikationen gefertigt werden müssen.

Bei der Ausarbeitung der neuen Dezimalwährung war einer der wichtigsten Faktoren, der die Regierung dazu bewog, das Pfund als Währungseinheit beizubehalten, die Tatsache, daß es von vielen Ländern der Welt

zur Begleichung von Handelsschulden und außerdem als Reservewährung benutzt wird. Etwas ein Drittel des gesamten Welthandels wird in Pfund bezahlt, das auch für die Schifffahrt sowie im Bank- und Versicherungswesen eine bedeutende Rolle spielt.

Für die Beibehaltung der Bezeichnung Penny für den Hundertsten Teil des Pfundes - der "neue Penny" wird den knapp zweieinhalbfachen Wert des alten haben - sprachen lediglich rein nationale Erwägungen: Die Tradition dieser gängigen Münze reicht weit in die Geschichte zurück - die erste wurde im Jahre 770 in der Grafschaft Kent geprägt und bestand aus Silber. Das jetzige Währungssystem mit Penny, Shilling und Pfund wird etwa 800 Jahre benutzt.

Den bisherigen Schätzungen zufolge müssen bis zum Tag der Umstellung auf die Dezimalwährung fünf Milliarden Münzen geprägt werden. Das ist mehr als die dreifache Jahresproduktion der Königlichen Münze in London. Einige der neuen Geldstücke - die aus Kupfer und Nickel bestehenden Fünf- und Zehn-Pence-Stücke sowie die bronzenen Halb-, Ein- und Zwei-Pence-Stücke - befinden sich bereits in der Produktion und sollen noch in diesem Jahr in Umlauf gebracht werden, so daß sich die Bevölkerung langsam an sie gewöhnen kann.

Während die neuen Münzen geprägt werden, wird das Amt für Dezimalwährung seine Informationsarbeit über die neue Währung intensivieren. Bei den Planungen für eine "glatte und schmerzlose" Umstellung hat man teilweise die Beobachtungen genutzt, die nach der Einführung der Dezimalwährung in Australien und während des Übergangs in Neuseeland gemacht wurden. Trotz der größeren Bevölkerungszahl ist der Vorsitzende des Amtes für Dezimalwährung, Lord Piske, überzeugt, daß die Umstellung in Großbritannien ebenso reibungslos und schnell verlaufen wird.

Ein wichtiger Faktor, der eine schnelle Umstellung gewährleistet, ist die Tatsache, daß Großbritannien keine Kompensation vorsieht, obgleich Vorkehrungen getroffen werden sollen, um "Sonderfälle" zu regeln. Das größte Hindernis für die Festsetzung eines definitiven Datums als Ende der Übergangszeit ist jedoch die ungeheure Aufgabe, die fünf Millionen Registrierkassen, Buchhaltungsmaschinen und Münzautomaten umzustellen oder zu ersetzen. Doch auch dies ist bereits in Angriff genommen worden: Einige Firmen der Geschäftsausstattungsindustrie verkaufen schon Buchhaltungsmaschinen, die am Morgen des "Dezimaltages" mit einem Handgriff auf die neue Währung umgestellt werden können.